



Medienkommentar

UNO-Migrationspakt – „eine Gefahr für die ganze Welt!“



Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (UN) sollen im Dezember 2018 den „Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“ unterzeichnen. Doch die Initiative „PatriotPetition.org – Wir sind das Volk!“ schlägt Alarm, denn dieser „Pakt“ erweise sich bei genauerer Prüfung als böse Falle.

„PatriotPetition.org – Wir sind das Volk!“ ist eine Initiative von Privatpersonen aus den deutschsprachigen Ländern, die unter anderem aufzeigt, dass sogenannte „Volksvertreter“ und Massenmedien vor allem den Interessen globalistischer Eliten dienen. Auf ihrer Internetplattform warnt sie vor dem globalen Migrationspakt der UNO und fordert in einer Petition die Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz auf, diesen nicht zu unterzeichnen. Weil die Bevölkerung von den offiziellen Medien weder über den Inhalt noch über die Auswirkungen dieses Paktes informiert wird, möchten wir Ihnen diese wichtige Gegenstimme nicht vorenthalten.

Dieser sogenannte „Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“ soll am 10. und 11. Dezember 2018 in Marokko von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (UN) unterzeichnet werden. Im Kern beinhaltet dieser Pakt die Gleichstellung von Migranten aller Art, unabhängig von ihrem legalen Status, mit echten Flüchtlingen, die einen Schutzstatus genießen. Dies hätte zur Folge, dass künftig Staaten gemäß diesen neuen UN-Richtlinien gegen die „Menschenrechte“ verstoßen würden, wenn sie illegale Einwanderer ausweisen oder illegale Grenzübertritte unter Strafe stellen. Wann immer Menschen sich in einer „schwierigen“ Lage befinden, könnten sie dann beispielsweise nach Europa kommen und Zugang zu allen sozialen Sicherungssystemen einfordern. Zu einer „schwierigen“ Lage aber zählen gemäß der UN schon Ernährungsunsicherheit, Armut oder die „Folgen des Klimawandels“. Laut UN-Generalsekretär António Guterres sind derzeit 300 Millionen Menschen als „Migranten“ unterwegs.

Voraussichtlich werden ca. 190 von 193 UN-Mitgliedsstaaten im Dezember den globalen Migrationspakt unterzeichnen. Widerstand kommt aus den USA, Ungarn und Australien, aber auch aus Österreich und der Schweiz sind zunehmend kritische Stimmen zu hören.

Donald Trump hatte den Rückzug seines Landes aus den Vertragsverhandlungen bereits frühzeitig angeordnet, nachdem klar wurde, worum es eigentlich geht. Die UN-Botschafterin der USA, Nikki Haley, erklärte, dass der globale Ansatz des Vorhabens „nicht mit der Souveränität der USA zu vereinbaren“ sei und den Prinzipien von Präsident Trump, der das Wohlergehen des eigenen Volkes an die erste Stelle seiner Politik setzt, widerspreche. „Wir werden entscheiden, wie wir unsere Grenzen am besten schützen und wer in unser Land einreisen darf“, so Haley.

Auch Ungarn stieg aus dem UNO-Migrationspakt aus. Ungarns Außenminister Péter Szijjártó fand deutliche Worte: Der Pakt sei „extremistisch, voreingenommen, eine Ermutigung für Hunderte Millionen zur Migration“ und stehe im Widerspruch „zum gesunden Menschenverstand und der Absicht, die europäische Sicherheit wiederherzustellen“, so der Minister. Angesichts von

29 großen Terroranschlägen, die in den letzten dreieinhalb Jahren – laut offizieller Darstellung – durch islamistische Einwanderer in Europa verübt wurden, habe die Sicherheit Ungarns und des ungarischen Volkes für die Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán oberste Priorität. Zudem sei es ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht, wenn die UNO ein angebliches „Menschenrecht auf Migration“ proklamiere. Szijjártó ergänzte: der „UNO-Migrationspakt stellt eine Gefahr für die ganze Welt dar“.

Australien wird den globalen Migrationspakt der UNO – zumindest in seiner jetzigen Form – ebenfalls nicht unterzeichnen. Das sagte der australische Minister für Heimatangelegenheiten Peter Dutton und führte aus: „[...] es liegt nicht in unserem nationalen Interesse, unsere Grenzschutzpolitik der UNO zu unterstellen. [...] Wir werden unsere nationale Souveränität nicht aufgeben. Ich werde es nicht zulassen, dass eine nicht gewählte Körperschaft (damit sind die Vereinten Nationen gemeint) uns, dem australischen Volke, Diktate erteilt.“

Der österreichische Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) hat sich der Meinung der USA und Ungarns angeschlossen und sich klar gegen den Migrationspakt der UNO positioniert: „Ich stehe der UNO-Marrakesch-Migrationserklärung [...] absolut kritisch und negativ gegenüber. Auch wenn diese für die Staaten nicht rechtsverbindlich sein wird, Migration kann und darf niemals als Zielformulierung ein Menschenrecht werden, wie es dort geschrieben steht. [...]“

Kritik kommt auch von der Schweizerischen Volkspartei (SVP): [...] es werde nur eine Frage der Zeit sein, bis dieser Pakt zum internationalen Recht gehöre [...]; es sei kaum zu glauben, „dass ein Schweizer Missionschef an diesem Papier, das für die Schweiz und auch Europa verheerende Auswirkungen haben wird, federführend mitgewirkt hat. [...]“

Wer sich an der Petition „Globalen Migrationspakt der UNO stoppen – nationale Souveränität erhalten!“ von PatriotPetition.org beteiligen möchte, findet unter folgendem Link weiterführende Informationen:

<http://www.patriotpetition.org/2018/07/26/globalen-migrationspakt-der-uno-stoppen-nationale-souveraenitaet-erhalten/>

von ah.

Quellen:

<http://www.patriotpetition.org/2018/07/26/globalen-migrationspakt-der-uno-stoppen-nationale-souveraenitaet-erhalten/%20>

https://refugeesmigrants.un.org/sites/default/files/180711_final_draft_0.pdf

<https://migrationspakt-stoppen.info>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Migrationspakt - unser globales Schicksal? - www.kla.tv/Migrationspakt

#UNO - Hintergründe & Fakten zur UNO - www.kla.tv/UNO

#Strache - Der politische Fall von Heinz-Christian Strache ... - www.kla.tv/HeinzChristianStrache

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.